

MEINUNG: URTEIL OHNE ACKERMANN

Der Trierer Bischof versteckt sich hinterm Dom

Das nennt man wohl eine Niederlage auf ganzer Linie: Der Trierer Bischof Stephan Ackermann hat den Schmerzensgeldprozess gegen eine jahrelang von einem katholischen Priester missbrauchte Bismutangestellte verloren. Die vom Arbeitsgericht verhängten 20.000 Euro werden dem Bischof schon etwas wehtun. Immerhin zahlt Ackermann das Geld aus seiner Privatschatulle und nicht aus dem finanziell überaus üppig ausgestatteten sogenannten Bischöflichen Stuhl.

Der Bischof muss zahlen, weil er den Klarnamen einer seit Jahren nur unter Pseudonym auftretenden Frau in einer Diskussionsrunde offenbart hat. Es war eine Art bischöfliche Retourkutsche dafür, dass in der Diskussion auch die vollständigen Namen von möglichen Missbrauchstätern unter Geistlichen genannt worden waren. Allein diese quasi Gleichsetzung von Tätern und Opfern spricht schon für sich.

Für die Schmerzensgeldverhandlung vor dem Trierer Arbeitsgericht hatte die Vorsitzende Richterin schon vor Monaten das persönliche Erscheinen Ackermanns angeordnet.

Dass der Bischof dann doch

nicht persönlich erschien, mag zwar formaljuristisch in Ordnung sein. Stil- und respektlos ist es aber dennoch.

Das Trierer Kirchenoberhaupt hätte die Möglichkeit gehabt, sich noch einmal bei dem Opfer ausdrücklich für sein Fehlverhalten zu entschuldigen. Karin Weissenfels war da – obwohl die Anwesenheit der traumatisierten Frau nicht gefordert war.

Dass der Trierer Bischof sich hinterm Dom versteckte statt den für ihn mit Sicherheit nicht angenehmen Gang zum wenige Hundert Meter entfernten Gericht zu wählen, ist ein deutliches Symbol: Da stiehlt sich jemand aus seiner Verantwortung.

Eines hat Stephan Ackermann damit auf jeden Fall erreicht: Die Abwendung vieler Katholiken von der Kirche wird dieses Verhalten des Bischofs noch beflügeln.

r.seydewitz@volksfreund.de



ROLF SEYDEWITZ

MEINUNG Scholz und der „Deutschlandpakt“

Das Misstrauensvotum des Bundeskanzlers

Wieder mal ein Coup des Kanzlers. Olaf Scholz neigt dazu, sich im Bundestag nicht nur am Oppositionsführer Friedrich Merz ausgiebig abzuarbeiten. Bei seinen Repliken auf den Unionsmann wirkt der ansonsten spröde Scholz immer wie nach einem Schluck aus dem Fläschchen mit dem Zaubertrank - angriffslustig halt. Nein, der Kanzler holt auch gerne Überraschendes aus seiner alten Aktentasche, von dem, und so hatte es auch diesmal den Anschein, seine Koalitionspartner und die eigenen Leute ebenso nichts oder nur wenig wissen. Jetzt ist es während der Generaldebatte der „Deutschlandpakt“ gewesen. Warum Scholz für so eine doch weitreichende Ankündigung nicht die Regierungsklausur in Meseberg vor wenigen Tagen genutzt hat, bleibt sein Geheimnis. Es hat aber den Anschein, als fehle ihm das Vertrauen in seine Partner. Scholz sucht augenscheinlich nun die ganz, ganz große Koalition, um das Land wieder auf Vordermann zu bringen. Spöttisch kann man sagen: Wenn's schon mit der eigenen Ampel nicht so richtig funktionieren will. Dass alles viel, viel schneller gehen muss in

Deutschland, ist ja richtig. Im Land hat sich laut Demoskopien ein allgegenwärtiger Frust breitgemacht. Und dass SPD, Grüne und FDP mit ihren letzten Vorhaben irgendwas an den Sorgen vieler Bürger sowie an der wirtschaftlichen Situation vorbeiregieren haben, ist wohl auch nicht falsch. Da hat die Opposition einen Punkt. Der „Deutschlandpakt“ ist somit auch ein Misstrauensvotum gegen die eigene Koalition. Es ist und bleibt halt schwierig in der Ampel, weil sich alle Beteiligten angewöhnt haben, sich möglichst über Gegensätze zu profilieren. Und nebenbei: Die Länder warten immer noch darauf, dass das Kanzleramt den dort bereits liegenden „Pakt für Beschleunigung“ – der sogar Teil des neuen „Deutschlandpaktes“ ist – endlich voranbringt. Das sollte man nicht vergessen.



HAGEN STRAUSS



KARIKATUR: HARM BENGEN

ANALYSE Der ehemalige Anführer der rechtsextremen US-Gruppe Proud Boys ist wegen seiner Beteiligung am Sturm auf das Kapitol zu 22 Jahren Haft verurteilt worden.

Vom Revolutionär zum Strafgefangenen

WASHINGTON Die Reue kam spät und VON THOMAS SPANG

währte nicht lange. Kurz nachdem die Mutter des kubanisch-stämmigen Angeklagten aus Miami Timothy Kelly angefleht hatte, Gnade für ihren Enrique walten zu lassen, trat dieser im orangefarbenen Sträflingsanzug vor den Bundesrichter. Der bereits im Mai von zwölf Geschworenen der verschwörerischen Rebellion für schuldig befundene Führer der „Proud Boys“ sagte, die vergangenen Monate hätten ihn zu einem „demütigen“ Mann gemacht.

Ohne das martialische Outfit mit Sonnenbrille und Zigarette wirkte der 39-Jährige plötzlich nur noch halb so stark wie das Image des Unverwundbaren, das er vor dem Aufstand am 6. Januar 2021 von sich pflegte. Angestachelt von Donald Trumps Intimus Roger Stone, der mit den Milizionären koordinierte, inszenierte sich Tarrío bei seinen Auftritten in Washington wie der Führer einer revolutionären Bewegung.

Davon war am Tag der Urteilsverkündung im Gerichtssaal des Bundesgerichts im District of Columbia nur wenige Hundert Meter vom Schauplatz des blutigen Aufstands gegen die Zertifizierung des friedlichen Machtwechsels im US-Kongress wenig zu spüren. Der 6. Januar sei ein „Tag der nationalen Schande“ gewesen, sagte Tarrío, der während des Prozesses gegen ihn hartnäckig geschwiegen hatte.

Wie seine Verteidiger stellte er sich als einfachen „Fußsoldaten“ dar, der Trump gefolgt sei. Er habe einfach nicht glauben können, dass dieser die Wahlen verloren habe. Was sich aus den Protesten entwickelt habe, täte ihm sehr leid. Die Polizisten, die das Kapitol verteidigt hätten, „verdienen nichts anderes als Ruhm, Respekt und Heldenehre“. Er sei „extrem beschämt über den ihnen zugefügten Kummer und Leid.“

Der von Trump nominierte Richter ließ sich davon nicht beeindrucken. Er sei froh, dass Tarrío sein Handeln mit Blick auf die Polizisten leidtue.



Henry „Enrique“ Tarrío, ehemaliger Anführer der rechtsradikalen Gruppe „Proud Boys“, muss lange in Haft. FOTO: ALLISON DINNER/DPA

„Aber wir reden hier aneinander vorbei“, stellte Kelly klar. „Ich habe nicht ein Anzeichen dafür, dass ihm die Dinge leidtun, für die er hier angeklagt ist.“ Er sei der „ultimative Führer, der ultimative Organisator“ des Aufstands gewesen, der „von revolutionärem Eifer motiviert war“. Sein Einfluss auf die Entwicklungen des Tages sei über groß gewesen.

Tarrío beugte sein Haupt, als Richter Kelly ihn zu 22 Jahren Gefängnis verurteilte. Die bisher höchste Einzelstrafe gegen einen Beteiligten des

Aufstands am 6. Januar. Zuvor hatte derselbe Richter vier weitere Führer der rechtsextremen Schlägertruppe zu Strafen zwischen elf und 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Viele der rund 200 Proud Boys, die sich an dem Aufstand beteiligten, erhielten niedrigere Strafen oder warten noch auf ihren Prozess.

Die Staatsanwaltschaft hatte 33 Jahre Gefängnis gefordert. Tarrío war nach Darstellung der Anklage ein „gewiefter Propagandist“ und „charismatischer Führer“. Bei einem früheren Protest in Washington hatte er eine „Black Lives Matter“-Flagge von einer Kirche abgerissen und verbrannt. Damit provozierte er seinen Bann aus der Hauptstadt. Am 6. Januar steuerte Tarrío die Ereignisse von Baltimore aus. „Haut verdammt noch mal nicht ab“, postet er während des Aufstands und kündigte an, er werde später dazustoßen. „Im Moment genieße ich die Show ... Macht, was getan werden muss.“

Die angeblich gefundene Demut wich bereits bei Auszug des Verurteilten aus dem Gerichtssaal Tarríos bekannter Attitüde. Während seiner Mutter die Tränen über die Wangen strömten, streckte der Gefangene im orangefarbenen Sträflingsanzug seine Hand mit dem Siegeszeichen in die Luft, lachte und warf seinen Anhängern Luftküsse zu. Falls die Berufung scheitert, hofft er auf eine Begnadigung durch Donald Trump nach einer möglichen Rückkehr an die Macht.

PRESESCHAU

Der „Mannheimer Morgen“ schreibt zur Aussage von Friedrich Merz beim Gillamoos-Volksfest:

Merz scheint sich jedoch für die Vielfalt Kreuzbergs so wenig zu interessieren, wie für die Diversität Niederbayerns. Und auch letztere ist vermutlich bereits heute größer als er denkt. (...) Vielleicht muss Merz noch länger beim Gillamoos bleiben, bis er erkennt, dass in Niederbayern im Jahr 2023 ziemlich viel Kreuzberg steckt.

Der „Kölnner Stadt-Anzeiger“ meint zu Heizungsgesetz:

Das erneute Eiltempo ist falsch und unnötig. Weder lässt sich die öffentliche Diskussion, die ja vor allem aus Ampelstreit bestand, als Teil der parlamentarischen Bewertung werten. Noch liegt die Entscheidung des Verfassungsgerichts in der Hauptsache vor. Nicht zuletzt werden in der Haushaltswoche traditionell keine anderen Gesetze verabschiedet. Die Ampel will es trotzdem tun, um die unliebsame Debatte totzutreten. Dabei muss sie gar nichts fürchten, solange sie keinen neuen internen Streit um das Gesetz anzettelt. Aber da ist sie sich offenbar selbst nicht so sicher.

Das „Handelsblatt“ (Düsseldorf) schreibt zur Bafin-Rüge an die Deutsche-Bank-Tochter Postbank:

Es ist kein Wunder, dass die Bafin nach Tausenden Kundenbeschwerden die Geduld mit der Postbank verliert. Das Urteil der Aufsicht, „erhebliche Beeinträchtigungen bei der Abwicklung des Kundengeschäfts“, ist fast schon die Höchststrafe, bedeutet es doch, dass die Postbank das ganz normale Tagesgeschäft derzeit nicht im Griff hat. Solche Fehlleistungen können sich die Deutsche Bank und ihr Vorstandschef schlicht nicht leisten. Sie gefährden die unbestreitbaren Sanierungserfolge.

Die „Badische Zeitung“ (Freiburg) schreibt zum demografischen Rückgang der Erwerbstätigen:

Dem deutschen Arbeitsmarkt dürften bis 2035 etwa sieben Millionen Erwerbstätige verloren gehen. Laut Statistischem Bundesamt umfasst die stille Reserve rund drei Millionen Menschen – damit ließe sich das Loch fast zur Hälfte stopfen. (...) Am Spielfeldrand sitzen viele Frauen, die sich hauptberuflich um Kinder, Eltern oder Schwiegereltern kümmern. Damit sich ihr Wunsch nach bezahlter Erwerbsarbeit erfüllt, müssen Kinderbetreuung und Pflege ausgebaut werden. (...) Auch der Staat ist gefragt: Mehr als die Hälfte der drei Millionen ist lange raus aus dem Erwerbsleben und kann wohl nur mit intensiver Betreuung wieder Fuß fassen. (...) Hier gilt es alle Reservespieler zu mobilisieren, selbst wenn es letztlich nur Tausende statt Millionen sind.

Produktion dieser Seite:

Martin Wittenmeier, Michaela Heinze Ulrich Brenner

RÜCKBLENDE

Was geschah am 7. September

2021 Der Bundestag stimmt einem Kompromiss zur Ganztagsbetreuung in Grundschulen zu. Jedes ab Sommer 2026 eingeschulte Kind hat in den ersten vier Schuljahren Anspruch auf einen Ganztagsplatz. Der Bund beteiligt sich mit bis zu 3,5 Milliarden Euro an den Kosten.

2013 Chinas Staatschef Xi Jinping skizziert zum ersten Mal das Projekt einer „Neuen Seidenstraße“. Es geht um ein regional übergreifendes Infrastrukturnetz, für das Eisenbahnen, Straßen, Pipelines oder Tiefseehäfen gebaut werden sollen. China will damit Asien, Europa und Afrika mit den eigenen Märkten verbinden.

2008 Die SPD wird von einem chaotischen Führungswechsel erschüttert. Nach dem überraschenden Rücktritt von Parteichef Kurt Beck soll der frühere Vorsitzende Franz



Das deutsche Pop-Quartett „No Angels“. FOTO: DPA

Müntefering an die Parteispitze zurückkehren. Außenminister und SPD-Vize Frank-Walter Steinmeier wird Kanzlerkandidat.

2003 Die No Angels, Deutschlands erfolgreichste Girlgroup, geben ihre vorläufige Trennung bekannt und sagen alle geplanten Konzerte ab.

1998 Als erster Bundestrainer in der Geschichte des deutschen Fußballs tritt Berti Vogts nach acht Jahren

vorzeitig von seinem Amt zurück. Nachfolger wird Erich Ribbeck.

1978 Der bulgarische Dissident Georgi Markow wird in London von einem Mann mit einem präparierten Regenschirm vergiftet. Markow stirbt wenige Tage später. In seinem Bein finden Ärzte eine Kapsel mit hochgiftigem Rizin. Hinter dem Mord wird das damalige kommunistische Regime in Bulgarien vermutet.

1923 Delegierte aus 17 Staaten gründen in Wien die „Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission“, Interpol.

1913 Anlässlich des Jugend-Spielfestes werden in Berlin die ersten 22 Deutschen Sportabzeichen vergeben.

GEBURTSTAGE

1983 Annette Dyrtr (40), deutsche

Eiskunstläuferin, fünffache Deutsche Meisterin (2003-2006 und 2009)

1968 Marcel Desailly (55), französischer Fußballer, Weltmeister 1998 und Europameister 2000

1943 Lena Valaitis (80), deutsche Schlagersängerin („Johnny Blue“, „Ob es so oder so oder anders kommt“, „Ein schöner Tag“)

1928 Walter Rudi Wand, deutscher Jurist, Richter am Bundesverfassungsgericht 1970-1983, gest. 1985

1533 Königin Elizabeth I., englische Königin 1558-1603, Tochter Heinrichs VIII. aus dessen zweiter Ehe mit Anna Boleyn, gest. 1603

TODESTAGE

1990 Clärenore Stinnes, deutsche Autorennfahrerin, umrundete 1927-1929 als erste Frau mit einem Auto die Welt, geb. 1901